Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 21 (2001)
Heft: 40

Artikel: Keine Zukunft ohne politische Demokratie und Wirtschaftsdemokratie
Autor: Künzli, Arnold
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651592

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Arnold Künzli

Keine Zukunft ohne politische Demokratie und Wirtschaftsdemokratie

Machen wir uns nichts vor: es gibt im Augenblick in Europa keine demokratische Linke mehr, die diesen Namen verdiente und die über eine politisch ernstzunehmende Machtbasis verfügte. Das bedeutet: der Globalisierung genannte neoliberal-kapitalistische Imperialismus beherrscht sozusagen unumschränkt die Welt. Und eine realisierbare Alternative ist nicht in Sicht. Das heisst freilich nicht, dass es keine Theorien möglicher ökonomischer Alternativen gäbe, bloss haben sie angesichts der bestehenden ökonomischen Machtverhältnisse und des Friedensschlusses der europäischen Sozialdemokratie mit dem Kapitalismus auf absehbare Zeit keine Chance, auch nur punktuell verwirklicht werden zu können. Das aber heisst wiederum nicht, dass man als demokratischer Linker resigniert und sich wie Candide in seinen Garten zurückzieht. Ganz im Gegenteil schenkt einem die Unmöglichkeit, hier und heute die ökonomischen Verhältnisse radikal umzustürzen, eine willkommene Besinnungspause, die zu nutzen wäre im Bewusstsein, dass à la longue Ideen die Welt verändern, auch wenn man sie zunächst bloss als Flaschenpost auf den Weg schicken kann.

Demokratischer Sozialismus heisst die beharrliche Ausweitung des Geltungsbereichs der Bürger- und Menschenrechte von der Politik auf die ganze Gesellschaft, vor allem auf die Wirtschaft, zu der heute mehr denn je auch die zum Teil unabhängig von der Produktion operierende Finanzwelt zu zählen ist. Das erscheint in einem Augenblick allgemeiner ideeller und materieller Korruption des liberalsozialdemokratischen Parteienwesens als ein an sich hoffnungsloses Unterfangen. Und in der Tat sind von den bestehenden demokratischen Parteien kaum Impulse zu erwarten, die in Theorie und Praxis auf eine demokratische Alternative zum bestehenden Wirtschafts- und Finanzsystem abzielen würden. Da also bei heutiger Parteienherrschaft kaum etwas zu holen ist, gilt es, sich zu überlegen, wo man auf der Suche nach der ideellen Basis einer möglichen Alternative ansetzen könnte. Denn alle die schönen Pläne zur Schaffung einer „Weltdemokratie" oder „Weltrepublik" wie etwa der von Otfried Höffe in seinem Buche „Demokratie im Zeitalter der Globalisierung" (1999) führen bloss zum Bau von Luftschlössern, solange nicht eine ideelle und praktische Basis geschaffen ist, auf der und in deren Geist eines Tages an einer ökonomischen Alternative zum Bestehenden gearbeitet werden könnte.

Die politische Demokratie ist ein Kind des griechischen Stadtstaates. Bei uns in der Schweiz hat sie ihre Wurzeln in der Gemeindeautonomie. Der Basler Historiker Adolf Gasser hat unter dem Eindruck der Bedrohung der europäischen politischen Demokratien durch Faschismus und Nationalsozialismus 1943 ein heute noch lesenswertes Buch veröffentlicht, dem er den etwas euphorischen Titel verlieh: „Gemeindefreiheit als Rettung Europas" (Gasser 1943).

Vor einigen Jahren hat der Basler Nationalökonom Alfred Bürgin in seiner historisch-aktuellen Kritik der neoklassischen Nationalökonomie auf die ursprüngliche Identität von demokratischer Politik und Marktwirtschaft in der griechischen Agora hingewiesen: „Die Agora war der Markt und der Marktplatz Athens. Aber sie war darüber hinaus weit mehr als Markt, nämlich 'Brennpunkt des öffentlichen Lebens' der Polis, politischer, religiöser und gesellschaftlicher Mittelpunkt der Polis" (Bürgin 1993,31). Er betont weiter, dass „die Volksversammlung eine politische Versammlung darstellte, nicht eine Versammlung von wirtschaftlichen Interessenvertretern" (ebd.) und „diese Märkte versorgungsorientiert und nicht absatzausgerichtet" waren (ebd.). Das ist denn wohl auch die Antwort auf die „Frage, warum sich in Attika keine kapitalistische Wirtschaftsstruktur ausbilden konnte"(ebd., 72). Perikles stellte die Agora in den Dienst seiner demokratischen Politik und „eine Bereicherung oder Wohlstandsvermehrung mittels eines Marktes, durch Markttransaktionen, lag völlig ausserhalb seines Ansinnens" (ebd., 40). Allgemein galt: „Die Oekonomik war der Politik untergeordnet" (ebd., 50).

Die von den Dogmatikern des Neoliberalismus dauernd wiederholte These, wonach freie Marktwirtschaft und Demokratie einander bedingten, trifft also bloss für den „versorgungsorientierten" und nicht kapitalistisch bestimmten Markt zu und ist, soweit sie auch für eine kapitalistisch orientierte Marktwirtschaft Geltung beansprucht, nichts anderes als eine Ideologie zur Verschleierung des genuin undemokratischen Charakters eines kapitalistischen Wirtschaftssystems. Im Kapitalismus sind Marktwirtschaft und Demokratie nicht identisch, sondern schliessen sich gegenseitig aus. Solange die Wirtschaft nicht demokratisiert ist, bleibt auch die politische Demokratie nur eine halbe, zumal dann, wenn das Parlament sich mehrheitlich aus wirtschaftlichen Interessenvertretern zusammensetzt.

Gewiss: In Athen waren Frauen und Sklaven von der politischen Willensbildung ausgeschlossen, aber das war ein Problem der damaligen politischen Kultur. Der Grundgedanke der Agora als zentraler Ort des versorgungsorientierten Geld- und Warentausches und Gesprächsforum der als mündig erachteten Bürger wurde im Kern davon nicht tangiert. Wesentlich bleibt, dass auf der Agora leibhaftige Menschen Geld, Waren und Gedanken austauschten und die Ökonomie der Politik untergeordnet blieb. In der neoliberal-globalisierten kapitalistischen Marktwirtschaft unserer Tage hingegen sind die Tauschpartner menschlich anonyme Interessenvertreter. Der Tausch findet nicht unter Gleichen statt, sondern wird durch wechselnde marktbeherrschende Mächte und Akteure in einen rücksichtslosen Wettbewerbskampf, in ein „catch as catch can" verwandelt; und die Ökonomie tendiert immer mehr dazu, sich die Politik unterzuordnen und ihr die Rolle eines Dienstleistungsunternehmens der Wirtschaft aufzuoktroyieren.

Von hier aus gesehen stellt sich die Aufgabe eines demokratischen Sozialismus auch dar als ein theoriegeschichtlicher und praxisbezogener Versuch, die entfesselte und pervertierte globale Marktwirtschaft an ihren Ursprung in der griechischen Agora *und* die arg lädierte, korrumpierte und

durch den totalitären Machtanspruch des globalisierten Dampfwalzenkapitalismus zusätzlich gefährdete politische Demokratie an ihren Ursprung in der griechischen Polis, in unserer Gemeindefreiheit und in der Amerikanischen wie der Französischen Revolution zu erinnern. „Ursprung ist das Ziel", meinten übereinstimmend Karl Kraus und Walter Benjamin (Kraus 1989,68; Benjamin 1978,90). Der Gedanke einer Selbstverwaltung mündiger Bürger inspirierte schon die amerikanischen Gründerväter. So liest man etwa im „Federalist", Amerikas politischer Bibel aus dem Jahre 1787: „The genius of the people of America ..., the fundamental principles of the Revolution ..., that honorable determination which animates every votary of freedom" sei „to rest all our political experiments on the capacity of mankind for selfgovernment"(Hamilton 1937,243.); und immer wieder wird betont: „The ultimate authority ... resides in the people alone" (ebd.,305).

Thomas Jefferson, der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, hat früh erkannt, dass in einer repräsentativen Demokratie der Volkswille dauernd Gefahr läuft, in den Maschen des Systems hängen zu bleiben; und um dies zu verhüten und den revolutionär-demokratischen Geist zu retten, setzte er sich sogar für die Schaffung eines Rätesystems ein. Jefferson hat, was Hannah Arendt in ihrem Revolutionsbuch besonders hervorhebt, die Errichtung kleiner Republiken vorgeschlagen, „in denen 'jeder Mann im Staate' ein 'aktives Glied der gemeinschaftlichen Regierung werden und persönlich eine grosse Anzahl von Rechten und Pflichten ausüben könne'...". Er plädierte für eine „'Teilhaberschaft an den Regierungsgeschäften'..., und zwar nicht nur an Wahltagen, sondern tagtäglich" (Arendt 1974,324f.).

Aber vor allem Alexis de Tocqueville hat mit seinem bewundernswerten Gespür für das, was Amerika im Innersten zusammenhält und gleichzeitig auseinanderreisst, die fundamentale Bedeutung der demokratischen Selbstverwaltung in den politischen Basis-Einheiten für das Funktionieren der politischen Demokratie herausgearbeitet (Tocqueville 1959). Politische Basiseinheit der amerikanischen Demokratie und gleichsam deren Garant ist die Gemeinde: „Die Gemeinderegierung" ist für Tocqueville der „fruchtbare Keim der freiheitlichen Einrichtungen"(I,34). Der Mensch schaffe Königreiche und Republiken, aber „die Gemeinde scheint unmittelbar aus Gottes Hand hervorzugehen" (I,67), denn es „ruht die Kraft der freien Völker in der Gemeinde. Die Gemeindeeinrichtungen sind für die Freiheit, was die Volksschulen für die Wissenschaften sind; sie machen sie dem Volke zugänglich; sie wecken in ihm den Geschmack an ihrem freiheitlichen Gebrauch" (I,68). In der amerikanischen Revolution trat „das Dogma der Volkssouveränität ... aus der Gemeinde heraus und griff auf die Staatsregierung über ... Es wurde das Gesetz der Gesetze" (I,64). Und im Zusammenhang mit der von ihm besonders gefürchteten „Tyrannei der Mehrheit" schreibt Tocqueville: „Drei Dinge scheinen mir mehr als alle andern zur Erhaltung der demokratischen Staatswesen in der neuen Welt beizutragen: das erste ist die bundesstaatliche Form ... Das zweite finde ich in den Gemeindeeinrichtungen, die dadurch, dass sie den Despotismus der Mehrheit mässigen, zugleich dem Volk den

Sinn für Freiheit und die Kunst des Freiseins beibringen. Das dritte besteht in der Begründung der richterlichen Gewalt ..." (I,331).

Freiseinkönnen, der Umgang der mündigen Citoyens und Citoyennes mit der Freiheit, die Praxis einer liberalen Demokratie, das muss und kann nur in der Gemeinde gelernt werden. Zwar dachte Tocqueville hier nur an die politischen Aspekte des Freiseins und des schöpferischen Umgangs damit; dessen ökonomisch-sozialen Voraussetzungen interessierten ihn hier noch kaum. Hingegen hatte er, was die Substanz der Demokratie als Volksherrschaft anbelangt, etwas anderes entdeckt, das für die aktuelle Diskussion über die Schaffung irgendeiner Form von „Weltrepublik" als politisch-rechtlich-demokratische Gegenmacht gegen den Totalitarismus der ökonomischen Globalisierung von entscheidender Bedeutung ist: Demokratie, damit politische Selbstverwaltung, funktioniert authentisch nur in territorial kleinen Basis-Einheiten.

Tocqueville hatte erkannt, wenn auch nicht explizit formuliert, dass es ein Gesetz zu geben scheint, wonach der Volkswille proportional zur wachsenden Grösse des Raumes, innerhalb dessen er Geltung besitzen soll, an Durchsetzungsvermögen verliert, bis seine Inhalte schliesslich zur blossen Ideologie verkommen, deren sich die Mächtigen als Feigenblatt für ihre partikularen Interessen bedienen. Für Tocqueville „sind die kleinen Nationen zu allen Zeiten die Wiege der politischen Freiheit gewesen. Die meisten von ihnen haben mit dem Grösserwerden diese Freiheit verloren; woraus deutlich hervorgeht, dass diese in der Kleinheit des Volkes ... begründet war ... Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass eine grosse Republik in ihrem Bestand immer sehr viel gefährdeter ist als eine kleine ... Mithin lässt sich allgemein sagen, dass nichts dem Wohl und der Freiheit des Menschen mehr entgegensteht als grosse Reiche." (I,180f.) Man täte gut daran, Tocquevilles zentrale Einsichten in der Diskussion über „Weltrepublik" als alternative Kerngedanken zu aktualisieren.

Aber nicht nur die Gemeinde als Geburtsort, Hort und Schule der politischen Freiheit hatte Tocqueville in Amerika entdeckt, sondern auch die Vereinigung („association"), und zwar „als Waffe gegen die Tyrannei, die Allmacht der Mehrheit". Denn die Menschen im Verein „bilden innerhalb des Volkes eine Art Volk für sich, eine Regierung innerhalb der Regierung" (I,218 ff.).Wo Tocqueville „Vereinigung" sagt, könnte man heute „Nichtregierungsorganisation" (NGO) sagen: „Eine politische, kommerzielle oder sogar wissenschaftliche und literarische Vereinigung ist wie ein gebildeter und mächtiger Bürger, den man weder nach Gutdünken niederhalten noch im Dunkeln unterdrücken kann und der dadurch, dass er seine privaten Rechte gegen die Ansprüche der Staatsgewalt verteidigt, die Freiheiten der Gemeinschaft rettet." (II,348). Ja, Tocqueville geht so weit, verallgemeinernd festzustellen: „In den demokratischen Ländern ist die Lehre von den Vereinigungen die Grundwissenschaft; von deren Fortschritt hängt der Fortschritt aller anderen ab" (II,127).

Überträgt man die Gedanken Tocquevilles – mutatis mutandis – auf unsere Zeit, so würde dies den Schluss erlauben, dass eine überzeugende

und realisierbare Alternative zum globalisierten, undemokratischen und unsozialen Dampfwalzen-Kapitalismus nicht die Schaffung einer unweigerlich autokratisch entartenden und von den politischen und vor allem ökonomischen Interessen der Mächtigen bestimmten „demokratischen" Weltrepublik wäre, sondern der Aufbau eines die Welt umspannenden Netzes von sich demokratisch selbst verwaltenden, und soweit es das Subsidiaritätsprinzip zulässt, autonomen Basis-Einheiten, wie Tocqueville sie in den alt-amerikanischen Gemeinden und Vereinigungen mündiger Bürger sah, die am Ort *Selbstverwaltungs-Demokratie* praktizieren und vor Ort den Kern des Widerstandes gegen alle „Tyrannei" bilden. Demokratie muss gelernt werden, sie ist ein permanenter Lernprozess. Gemeinde und „Vereinigung" sind Schulen eines theoretisch-praktischen Demokratie-Unterrichts.

Dies übersehen zu haben ist einer der Gründe des Scheiterns eines marxistisch-leninistisch inspirierten Staatssozialismus, obgleich Marx selbst in seiner Schrift über die Pariser Kommune und in seiner Korrespondenz mit Vera Sassulitsch nahe daran war, die Bedeutung einer demokratischen Selbstverwaltung und Gemeindefreiheit für seine sozialistische Revolution zu erkennen. Eine moderne Konzeption von „Sozialismus" lässt sich kaum anders denn als ein Demokratisierungsprozess entwerfen, der von den geschichtlichen Ursprüngen demokratischer Praxis ausgeht, aber nicht bei der politischen Demokratie stehenbleibt, sondern eine Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln, und das heisst der Eigentumsverhältnisse schlechthin sowie eine entsprechende demokratische Kontrolle anstrebt und zu institutionalisieren versucht.

Eine solche Radikaldemokratisierung wäre nicht davon dispensiert, über die Aktualität hinaus sich auch darüber Gedanken zu machen, ob eine Marktwirtschaft – die als versorgungsorientierte nicht infragegestellt werden soll – notwendig kapitalistisch und ob überhaupt das Geld in der Wirtschaft über seinen Charakter als Medium des Tausches hinaus das Mass aller Dinge sein muss, und wie gegebenenfalls seine Macht als Kapital neutralisiert und demokratisiert werden könnte. Es wäre also die in Westeuropa in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts intensiv geführte Debatte über demokratische Selbstverwaltung in der Wirtschaft und deren Demokratisierung unter Berücksichtigung der inzwischen gesammelten Erfahrungen wieder aufzunehmen. An Literatur zum Thema fehlt es nicht. Keiner hat sich so unermüdlich und so intensiv in unzähligen Schriften mit dem Thema befasst wie Fritz Vilmar (1973) – und der bis heute noch unverdrossen die Diskussion weiterführt (1999).[1]

Flaschenpost, gewiss, aber eine mit Tradition. Und es ist die ungebrochene Lebenskraft dieser letztlich das *soziale Ethos* unserer Kultur bergenden Tradition, die Mut macht, sie weiter zu pflegen. Wie auch immer der Grundbegriff *„Demokratisierung"* variiert werden mag, es ist und bleibt der Grundbegriff politisch-sozialen Fortschritts in unserer Zeit, damit auch der Gedanke einer Demokratisierung der Wirtschaft und einer demokratischen Selbstverwaltung. Die Werte dieser Tradition sind die Trikolorenwerte der Französischen Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit",

die wir heute selbstverständlich mit „Schwesterlichkeit" ergänzen. Diese erheischen keine Letztbegründung mehr, es sind nicht abstimmbare, in ihrer Intention nicht infragezustellende Grundwerte unserer gesamten Kultur, die freilich das kapitalistische Wirtschaftssystem auf Schritt und Tritt fundamental verletzt. So gesehen kann man „Sozialismus" heute definieren als Vollendung der auf halbem Wege steckengebliebenen Französischen Revolution, die nicht über die Interessen des „tiers état" hinausgekommen ist. Noch immer weht die Trikolore deshalb bloss auf halbmast (Künzli 1992).

Mehr oder weniger ausgeprägt sind diese Grundwerte schon für vor- und erst recht dann für nachrevolutionäre Frühsozialisten und zum Teil auch für die radikale Freiheitsphilosophie der „klassischen" Anarchisten leitend.[2] Für die Vorstellung einer Demokratisierung der Wirtschaft sind die Schriften der frühen Sozialisten und Anarchisten ebenso wie diejenigen späterer Reform-Marxisten, -Sozialisten und -Kommunisten wie etwa Karl Korsch, Anton Pannekoek, Rosa Luxemburg, Gustav Landauer, Martin Buber, um nur diese zu nennen, noch immer Fundgruben für Ideen – und deren Gefahren –, wie der Mensch auch in der heutigen komplexen Wirtschaft den Status eines Citoyen und einer Citoyenne erlangen könnte. Auch wäre es trotz der Erfahrungen mit den Folgen der Irrtümer von Marx und derer, die sich zu ihm bekannten, keineswegs verlorene Zeit, sich wieder einmal die Werke von Marx vorzunehmen und daraufhin zu lesen oder wiederzulesen, was er uns, vor allem in seiner Kapitalismuskritik, heute noch zu sagen hat. Es ist nicht wenig, ganz abgesehen vom Bildungsgenuss, den eine Marx-Lektüre noch immer bereitet. Dasselbe gilt in noch vermehrtem Masse von Denkerinnen und Denkern wie Hannah Arendt und Erich Fromm sowie vor allem von den Vätern der „Kritischen Theorie", Horkheimer, Adorno, Löwenthal, Marcuse, um die wichtigsten zu nennen, die bei aller Kritik, die sie sich gefallen lassen müssen, den Grundsatzstreit über die Befreiung des Menschen von seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit auf ein philosophisches Niveau gehoben haben, das bis heute von keiner anderen zeitgenössische Emanzipationstheorie erreicht wurde.

Was ich mit diesen unsystematischen Bemerkungen sagen will: Da die Wucht der Globalisierung des digitalisierten Kapitalismus, begleitet von der postmodernen systematischen Verdummung der Menschen durch das „Show-Business" einer fernsehgesteuerten Spass- und Giergesellschaft, auf absehbare Zeit einer vom Willen zu einer demokratischen Systemveränderung beseelten Praxis kaum ernsthafte Chancen gewährt, ist den Unverdrossenen einer demokratischen Linken zumindest die Möglichkeit einer Reflexionsphase gegeben, die zu nutzen wäre. Dass aber eine Makro-Praxis keine Chancen zu haben scheint, bedeutet nicht, auch auf eine Mikro-Praxis verzichten zu müssen. Die Gemeinde als historische Stammzelle der Demokratie und die politische Assoziation als „neues weltgesellschaftliches Subjekt", wie die NGO genannt wurden, könnten in idealer Weise als Ort einer Neuorientierung in Theorie und Praxis dienen.

Eine demokratische Linke, die diesen Namen noch verdient, muss sich wohl als einen permanenten Lernprozess verstehen, der freilich nicht sich

selbst genügen und sich in die Sackgasse eines sozialdemokratischen Pragmatismus verirren darf, sondern der unbeirrbar am Ziel einer durch die Trikolorenwerte bestimmten radikaldemokratischen Alternative zum herrschenden radikalkapitalistischen System orientiert bleiben muss, anders sie ihre Identität und ihre Würde verlöre. Der temporäre Rückzug auf eine Position der Selbstvergewisserung mit einer Mikro-Praxis in Gemeinde und Assoziation, die die Globalisierung kritisch im Visier hat, ist weder angekränkelt von Resignation noch eine das Heil versprechende „Kommunalismus"-Ideologie, sondern versteht sich als ein „Reculer pour mieux sauter".

Anmerkungen

1 Erwähnt seien aus der langen Liste der Literatur zum Thema hier noch der 800 Seiten starke „Klassiker" von Ota Sik (1979) „Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg"; dieser ist nicht zu verwechseln mit dem, was heute „Dritter Weg" (Giddens et al.) genannt wird. Siehe auch die St.Galler Dissertation von Ulrich Gärtner und Peter Luder: „Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft" (Gärtner/Luder (1979). Vgl. auch das „Projekt Wirtschaftsdemokratie" bei Albers/Schwengel (2000) und den Kommentar in der FAZ v. 30. 11. 2000: Projekt „Weltregierung". Die internationale „Wirtschaftsdemokratie" als Antwort der SPD-Linken auf die Globalisierung.

2 Vgl. „Frühsozialisten" (Auswahlliteratur): Die frühen Sozialisten. Dokumente der Weltrevolution, Bd.l, Olten 1967 und München 1972. – Die Frühsozialisten, Reinbek 1971. – Der Frühsozialismus, Stuttgart 1956. J.Höppner/W.Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui, Leipzig 1975. – Martin Buber: Der utopische Sozialismus, Köln 1968. – Der Anarchismus. Dokumente der Weltrevolution, Bd.4, Olten 1972.

Literatur

Albers, Detlev/Schwengel, Hermann, 2000: Über den Sinn von Parteiprogrammen im nationalen und europäischen Rahmen. Frankfurter Rundschau v. 11. Dezember, Frankfurt/M.

Arendt, Hannah, 1974: Über die Revolution. München

Benjamin, Walter, 1978: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Frankfurt/M.

Bürgin, Alfred, 1993: Zur Soziogenese der politischen Ökonomie. Marburg

Gärtner, Ulrich / Luder, Peter, 1979: Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft. Diessenhofen

Gasser, Adolf, 1943: Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Basel

Hamilton, Alexander et. al.,1937: The Federalist. New York

Höffe, Otfried, 1999: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. München

Kraus, Karl, 1989: Gedichte. Frankfurt/M.

Künzli, Arnold,1992: Trikolore auf halbmast. Zürich

Sik, Ota, 1979: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg. Hamburg

Tocqueville, Alexis de, 1959: Werke und Briefe. Über die Demokratie in Amerika. I u. II, Stuttgart

Vilmar, Fritz, 1973: Strategien der Demokratisierung. Darmstadt

Vilmar, Fritz, 1999: Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren. In: Der Wohlstand der Personen. Herausg. v. F. Helmedag/N. Reuter, Marburg